

Souverän ist, wem zugehört wird

Im Ausnahmezustand: Zieht die Coronakrise zu viel Aufmerksamkeit vom Bundestag ab? | Von Andrea Römmele

Krisen sind die Stunde der Exekutive. Diesen Satz hat man in den letzten Monaten häufig gehört und gelesen. Egal ob Naturkatastrophen, Anschläge, Währungs- oder Wirtschaftskrisen, immer sind schnelle Entscheidungen notwendig. Die Ereignisse verdichten sich, und die Politik muss aufpassen, nicht ununterbrochen von ihnen überholt zu werden.

Häufig werden dann die immer gleichen Debatten geführt und die Frage gestellt, ob die Demokratie für solche Situationen ausreichend handlungs- und reaktionsschnell ist. Es ist leider so: Autokratische Regime können Entscheidungen deutlich schneller treffen und umsetzen.

Und in Krisen kann das tatsächlich notwendig sein. Deshalb gibt es auch in Demokratien Regeln und Mechanismen, die in bestimmten Situationen die Kompetenzen und Möglichkeiten der Exekutive erhöhen. All das ist grundsätzlich nichts Verwerfliches.

All die Machtverschiebungen, die in solchen Situationen zum Tragen kommen, sind vom Parlament verabschiedet worden und unterliegen Vorgaben, die sie begrenzen. Nur solange es begründbar ist, verhandeln Vertreter der Exekutive untereinander und erlassen Verordnungen. Dabei ist der Bundestag nicht völlig außen vor. Er entscheidet über den an Corona angepassten Haushalt, und es gibt bereits jetzt regelmäßige Fragestunden. Die Umsetzung der Verordnungen ist außerdem Ländersache.

Dennoch ist die Corona-Pandemie regelmäßig auf der Tagesordnung, und der Bundestag ist es selbst, der die derzeit geltende Notlage aufheben kann. Für die nun kommenden Maßnahmen ist vereinbart, dass sie erst dann endgültig beschlossen sind, wenn der Bundestag eine „akute Gesundheitslage“ feststellt. Die Maßnahmen gelten dann zwar bereits, aber werden erst durch die Debatte und Abstimmung im Bundestag gerechtfertigt. Auch wenn



Alle mal herhören: In Londons Hyde Park darf in der berühmten *Speaker's Corner* jeder seine Thesen unters Volk bringen – auf jeden Fall, es versuchen.

derzeit viel von der „Entmachtung des Parlaments“ geredet wird, rein institutionell betrachtet, müssen wir uns um unsere parlamentarische Demokratie keine Sorgen machen.

Trotzdem: Bislang forderten zwar nur AfD und FDP die Aufhebung der geltenden Notlage, aber auch aus den Regierungsfractionen haben sich zuletzt die Stimmen gemehrt, die mehr Mitspracherechte verlangten. Das hat auch viel mit Sichtbarkeit zu tun. Die Funktion des Parlaments als Forum hat aus Infektionsschutzgründen zu Beginn der Pandemie gelitten, aber die Arbeitsfähigkeit wurde durch eine Änderung der Geschäftsordnung schnell wiederhergestellt. Dennoch verliert das Parlament rapide an Aufmerksamkeit und Interesse durch die Medien. Die Nachrichten

werden dominiert von der Kanzlerin, bestimmten Ministerinnen und Ministern sowie Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten.

Eine Krise schafft Unsicherheit und Vertrauensverlust. Dann ist Kontinuität wichtig. Wir kennen das aus Unternehmen, die ins öffentliche Interesse geraten, weil es Skandale gibt, oder sie sich in einer Krise befinden. Auch diese bestimmen einen oder mehrere Sprecher, die gewissermaßen zum Gesicht der Krise werden. Für Medien sind sie der konkrete Ansprechpartner, bei dem sie wissen, dass sie befähigt sind, den aktuellen Sachstand zu kennen und zu beschreiben. Auch in der Corona-Pandemie waren es immer wieder dieselben Akteure, die wir in den Nachrichtensendungen sahen oder von denen wir in der Zeitung lasen.

Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Exekutive in der Krise auch deutlich mehr kommuniziert, um gesicherte Informationen zu liefern und dem gesteigerten Informationsbedürfnis gerecht zu werden. Dazu werden unterschiedlichste Kanäle bespielt und auch verstärkt die Nähe zu Journalisten gesucht. Beschlussvorlagen und Pläne werden vorab an Medien gegeben und die Öffentlichkeit auch auf diesem Weg informiert.

Die Besonderheit der jetzigen Situation aber ist, dass sich die gegenwärtige Krise schon enorm lange zieht – und wir obendrein das Virus noch längst nicht im Griff haben. Das verlagert weiterhin Aufmerksamkeit, die das Parlament sonst genoss, auf andere Akteure. Aufmerksamkeit ist eine begrenzte Ressource. Wenn bestimmte Ereignisse oder Akteure mehr Aufmerksamkeit bekommen, muss es etwas geben, worauf weniger Aufmerksamkeit gerichtet wird. Bei der Geschwindigkeit, mit der sich derzeit Infektionen, Verordnungen, öffentliche Meinung, Wirtschaft und wissenschaftliche Erkenntnis über das Virus verändern, kann die öffentliche Aufmerksamkeit nicht überall gleichzeitig sein. Mal ganz abgesehen davon, dass auf der Welt auch noch andere Dinge passieren.

Das Parlament verliert mit der Aufmerksamkeit aber eines seiner wichtigsten Instrumente: die Herstellung von Öffentlichkeit. Die Pandemie überlagert derzeit alles und wird uns noch lange begleiten. Auch

politische Mechanismen und Entscheidungsfindung verlieren in ihrem Schatten an Nachrichtenwert.

Auf vielen Ebenen muss überlegt werden, wie der Parlamentarismus krisenresistenter gemacht werden kann. Beispielsweise durch die Möglichkeit virtueller Abstimmungen, wie sie das Europäische Parlament eingeführt hat. Der sinkenden Aufmerksamkeit für das Parlament lässt sich aber nur schwer durch neue Regelungen begegnen. Die strukturellen, krisenbedingten Veränderungen in der Aufmerksamkeitsökonomie lassen sich nicht ignorieren. Man kann sich über sie beschweren, aber das hilft ungefähr so viel, wie sich über das Coronavirus an sich zu beschweren. Vielmehr ist es auch Aufgabe der Parlamentarier selbst, wieder sichtbarer zu werden. Dies gestaltet sich schwieriger, weil die Hierarchien im Parlament nicht so eindeutig sind wie in der Regierung und die entsprechenden Ansprechpartner schwerer auszumachen sind. Besonders kompliziert ist es für die Opposition. Die Krise führte zu enormen Zustimmungswerten der Regierung, und die Kontrolle einer Regierung, die in der Bevölkerung solches Vertrauen genießt, ist ungleich schwerer. Dass die Parlamente in der Krise aber keine Rolle spielen, ist nicht wahr. Sie müssen ihre Rolle jedoch besser kommunizieren. Es geht nicht darum, dass sie nichts zu sagen hätten, aber sie müssen sich den veränderten Kommunikationsbedingungen anpassen, um wieder Gehör zu finden. Dass die Aufmerksamkeitsökonomie grundsätzlich funktioniert, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass es den Parteien derzeit sehr gut gelingt, ihre Unzufriedenheit über die geringe Aufmerksamkeit auf die Agenda zu setzen. Die Krise stellt für die Aufmerksamkeit des Parlaments ein Hindernis dar, hebt sie aber nicht aus. Daraus aber direkt eine Gefährdung der Demokratie abzuleiten, ist gefährlich und der Sache nicht angemessen.

PROF. DR. ANDREA RÖMMELE

ist Dean of Executive Education und Professor of Communication in Politics and Civil Society an der Hertie School. Ihr Forschungsinteresse gilt den Themen vergleichende politische Kommunikation, politische Parteien und Public Affairs.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Supermarkttekse

Er war der Hausflughafen von Gerhard Schröder und Angela Merkel. George W. Bush landete dort und Barack Obama auch: Nicht TXL aus den 1970er-Jahren, sondern der kleine Bruder, Tegels militärischer Teil, dem ganz und gar nichts Repräsentatives anhaftete. Barackenartig, backsteinrot klinkerverblendet, den Charme der Vorvergangenheit der Fliegerei verbreitend. Aus der Zeit gefallen. Kleiner noch als sein ebenfalls nicht überdimensionierter Vorgänger Köln/Wahn, der immerhin noch über einen Duty-free-Shop verfügt hatte, was, als das Rauchen in den Regierungsmaschinen noch geduldet war, eine schöne Sache war für die Flugbereitschaft der Bundeswehr und ihre Kundschaft, zu der nicht bloß die Spitzen der Republik, sondern auch ihr Tross gehörte: Ministeriale, Sicherheitsbeamte, Leute der Wirtschaft und der Kultur. Journalisten auch.

Selbst die findigen Taxifahrer brauchten eingängige Beschreibungen – wo, wie und wohin. Vom Zentrum Berlins aus gesehen hinter Berlin-Tegel im ehemals französischen Sektor der Stadt gelegen. Anfahrt über die Avenue Jean Mermoz, eine Allee, benannt nach einem französischen Piloten der Zwischenkriegszeit. Schmucke Einfamilienhäuser, Parken vor der Tür, lässige Kontrollen. Einen Taxistand gab es nicht, was bei nächtlicher Rückkehr der „Regierungsflieger“ regelmäßig zu einigem Durcheinander von bestellten Wagen und inzwischen Übermüdeten führte, wenn draußen schon die Namen derer ausgerufen wurden, die drinnen noch am Gepäckband drängelten – nach einer Woche Arabien oder einem Dreitage-China-Trip. Meist pünktlich auf die Minute, wenn auch, wohl sicherheitsbedingt, ohne Ankündigung auf Monitoren. Immerhin: Ausweis und Handgepäck wurden regelkonform kontrolliert, von wegen Nagelfeile oder so, was etwas Kurioses an sich hatte. Die Leute kannten sich. Zwei Wartesäle, schmucklos: Einer für die Prominenz, einer für den Medienbetrieb und sonstige Hinterrassen. Kaffee aus Thermoskannen, Kekse vom Supermarkt. Bei trockenem Wetter kurzer Fußweg übers Rollfeld. Nun also Gegenwart, mit neun Jahren Verspätung: BER, draußen vor der Stadt. Von einem „Regierungsterminal“ ist die Rede. Zweistöckig, angeblich teils abhörsicher, stattdessen ein Provisorium. Bis 2030, mindestens, wie die Erfahrung lehrt, zumal in Corona-Zeiten. So weit zu überblicken, wird Donald Trump dort nicht landen und Friedrich Merz nicht starten.

Aus drei Neins wird ein neues Ja

Der jüngste israelische „Deal“ mit dem Sudan festigt die Anti-Iran-Allianz | Von Gisela Dachs

Nach den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain nun also der Sudan. Die Liste der muslimischen Länder, die heute auf einmal bereit sind, offizielle Beziehungen zu Israel aufzunehmen, wird länger. Der jüdische Staat bekommt nun noch einen weiteren Verbündeten in einem nach wie vor weitgehend feindlich gesinnten Umfeld. Über den Nachahmereffekt freuen sich besonders die Emirate, die im August als Erste diesen Schritt wagten. Dort sehnt man sich nun nach einer breiteren Legitimität für ihre Abkehr vom arabischen Konsens, der Frieden mit Israel stets an eine Lösung der Palästinafrage knüpfte.

Die Normalisierung der Beziehungen zum Sudan ist vom israelischen Durchschnittsbürger wohlwollend aufgenommen worden, auch wenn die Menschen dort gerade mehr mit Überlebens- und Durchhaltestrategien nach dem zweiten Corona-Lockdown beschäftigt sind. Und die neue Allianz wird für sie nicht viel ändern. Darf er sich bald wohl kaum ein blühender Handel mit dem gerade erst dem Bürgerkrieg entronnenen Land am Horn von Afrika in Aussicht. Immerhin verkürzt die Annäherung die Flugzeiten von Tel Aviv nach Südamerika und Südafrika, weil israelische Maschinen keine langen Umwege mehr nehmen müssen.

Der jüngste vom Weißen Haus vermittelte Deal enthält zudem eine nicht zu unterschätzende symbolische Komponente, die unweigerlich mit dem Namen der sudanesischen Hauptstadt verbunden ist. Nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 kam es zwei Monate später zur Versammlung der Arabischen Liga in Khartoum. Deren berühmte drei Neins sind längst in die Nahost-Geschichte eingegangen: „Nein zu einem Frieden mit Israel, Nein zu einer Anerkennung Israels und Nein zu Verhandlungen mit Israel.“

Dass die anstehenden amerikanischen Wahlen das Timing für die offizielle Kehrtwende diktiert haben, ist allen klar. Die Annäherung der beiden Länder aber hat sich schon länger abgezeichnet. Im vergangenen Februar etwa hatte sich Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu in Uganda heimlich mit dem Chef des sudanesischen Übergangsrats Abdel Fattah Burhan getroffen. Dieser hatte nach der Entmachtung des Diktators Omar al-Baschir die Regierungsführung übernommen und will das Land auf einen neuen Kurs bringen. Dazu gehört die Öffnung gegenüber Washington.

Die diplomatische Aufwertung Israels ist Teil eines größeren Pakets. So wurde der Sudan jetzt von der US-Sanktionsliste jener Staaten, die Terror unterstützen, gestrichen. Im Gegenzug hatte sich Khartoum

bereit erklärt, amerikanische Terror-Opfer des Doppelschlags auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam 1998 zu entschädigen. Die Verbindung führt zu Osama Bin Laden, der jahrelang – geduldet von der Regierung – im Sudan lebte und dessen Al-Qaida-Gruppe sich zu den Taten bekannt hatte.

Premier Netanyahu sprach in diesem Zusammenhang von einer „riesigen Veränderung“. Bis vor wenigen Jahren sei der Sudan noch ein feindliches Land gewesen. Er habe mit dem Iran kooperiert, etwa bei Waffenlieferungen an die Hizbollah im Libanon und die im Gazastreifen herrschende Hamas. Seine Lage am Roten Meer machte das Land zu einem idealen Durchlauf-Standort. Um derlei Transporte zu unterbinden, hatte Israel den Sudan in der Vergangenheit mehrfach militärisch angegriffen. Das neue Abkommen soll nun sogar eine bessere

Überwachung der ansässigen Islamisten durch sudanesischer Sicherheitskräfte mit einschließen.

Kein Wunder, dass dies der Iran gar nicht gut findet und den gesamten Deal als „erkauften Schwindel“ bezeichnet. Denn der Sudan hat damit endgültig den Seitenwechsel vollzogen, indem er sich jetzt offen zur Anti-Teheran-Allianz an der Seite Israels und arabischer sunnitischer Staaten bekennt. Den Kurs hatte das afrikanische Land bereits 2015 eingeschlagen, als es im Jemenkrieg nicht mehr länger zu seinem langjährigen Verbündeten Iran stand und sich stattdessen für die Unterstützung des saudischen Lagers entschied.

Demnächst wollen nun israelische und sudanesischer Delegationen gemeinsam über eine bilaterale Kooperation beraten. Dabei wird es um Agrar-Technologien, um Entsalzungsanlagen und Handel gehen, aber auch um Migranten. Die sudanesischer Regierung hat sich bereit erklärt, über die Rücknahme von tausenden von Flüchtlingen zu verhandeln, die vor Jahren auf illegale Weise nach Israel gekommen sind, um dort Asyl zu beantragen. In diesen Kreisen herrscht nun zwar durchaus Freude über die Normalisierung der Beziehungen, aber auch die Sorge, dass die Bedingungen in der Heimat sich noch nicht so weit stabilisiert haben, um die eigene Sicherheit zu garantieren. Für Netanyahu wäre die

PROF. DR. GISELA DACHS

war langjährige *Zeit*-Korrespondentin, ist heute freie Journalistin, u.a. für die *NZZ am Sonntag* und lehrt am European Forum der Hebräischen Universität Jerusalem.